



Haushaltsrede 2024 / HH 2025 / Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Sehr geehrter Landrat Dr. Bläse, sehr geehrte Verwaltung, verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Valencia - Bologna - Dresden - St. Pölten - Ostrava - Klodzko - Galati

Es handelt sich hierbei nicht um eine Flix-Bus Linie, sondern um einige der Städte, die in den letzten Wochen von verschiedenen apokalyptischen Hochwasserkatastrophen in Europa betroffen waren, ausgelöst durch immer häufiger auftretenden Starkregen.

Wir sind direkt betroffen oder sehen die Betroffenheit anderer in nächster Nähe, doch wird der Klimawandel und seine Folgen aktuell mehr und mehr verdrängt, was vielleicht psychologisch erklärbar ist, jedoch nicht die Lösung sein kann, denn Klimaschutz ist Menschenschutz. Wir sind mit rasant steigender Frequenz dabei, nur noch Schäden zu beheben, sodass für die betroffenen Menschen wieder ein einigermaßen normales Leben möglich ist. Wir verwenden darauf Geld, Ressourcen und Arbeitskräfte, die an anderer Stelle fehlen, wir reagieren nur noch und haben keine Zeit, kein Geld, keine Menschen, kein Material, um sinnvoll mit Blick nach vorne zu agieren und genau das gefährdet unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand bis hin zu einer Gefährdung unserer Demokratie. Deshalb müssen wir Wirtschaft, Klima und Energie gemeinsam denken, als Einheit sehen.

Hier im Ostalbkreis haben wir eine starke Wirtschaft, kreative Köpfe und fleißige Schaffer; gezeigt hat sich das nicht zuletzt durch die höchst positive Resonanz auf die Präsentation unserer Region bei „Ostwürttemberg meets Berlin“. Vertretende aus den Landkreisen, Kreisstädten, IHK, WIRO, Unternehmen und weitere Partner haben sich dort präsentiert und haben ihre Stärke demonstriert. Um diese Stärke zu erhalten und Innovationskraft zu fördern, muss eines unserer größten Ziele sein, den Ausbau von erneuerbarer und kostengünstiger Energie zu beschleunigen und den Blick sowohl auf Sonnen- und Windenergie als auch auf Wasserstoff zu richten. Hierbei bitten wir insbesondere auch die WIRO, dies in den Fokus ihres Handelns zu nehmen.

Außerdem möchten wir, die Fraktion Bündnis90/Die Grünen, uns an dieser Stelle bei Ihnen, Herr Landrat Dr. Bläse, für ihr klares Einfordern der Energiewende und insbesondere Ihre Forderung zu mehr als 2% Flächenausweis für Windkraftanlagen bedanken und unterstützen diese uneingeschränkt.

Zur Unterstützung dieses Themas **beantragen** wir, dass **Frau Dr. Maike Schmidt** vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden Württemberg, Referentin beim letzten Metropolkongress, **in den Kreistag kommt** und die Bedeutung und Umsetzung von Wasserstofftechnologie für unsere Wirtschaftsregion aufzeigt.

In Sachen Energie müssen auch die kreiseigenen Liegenschaften weiter optimiert und energieeffizienter gestaltet und umgebaut werden. Aus dem vorhandenen Energiebericht erschließt sich für uns weder eine Zukunftsvision noch ein Zukunftsfahrplan mit konkreten Projekten zum Ziel der Reduzierung des eigenen Energieverbrauchs bzw. hin zur CO2-Neutralität. Wir erwarten von der Landkreisverwaltung die Erarbeitung eines solchen Zukunftsplans mit konkretem Vorgehen und zeitlichem Verlauf.

Das klare Bekenntnis von Zeiss für unsere Region tut dem Ostalbkreis gut und gibt Stabilität in turbulenten Zeiten. Die Unterstützung durch den Kreis und die Kommunen beim weiteren Ausbau und der Expansion von Zeiss-Geschäftsbereichen ist immens wichtig und hat unsere volle Unterstützung. Dazu gehört für uns auch, dies ganzheitlich zu sehen und zu denken, insbesondere das Thema Mobilität mit dem Fokus auf die Mobilitätsströme hin zu diesem starken Wirtschaftspartner Zeiss. Die Bahn als Rückgrat der Mobilitätswende muss auch hier priorisiert



werden und vom Kreis so gut wie möglich unterstützt werden. Der Ausbau bzw. die Verbesserung von Rems-, Ries-, Brenz- und Jagstalbahn muss in unserem Fokus sein und dringend beschleunigt werden.

Zur Neustrukturierung und Harmonisierung der Verkehrsspitzen sowie der Umverteilung von Verkehrsströmen gehört zwingend auch die Berücksichtigung des Radverkehrs als gleichwertigen Teil des Verkehrssystems und somit der Ausbau von Radwegen mit pragmatischen und schnell umsetzbaren Maßnahmen. Wir erinnern gerne und **beantragen erneut den Ausbau einer schnellen Radverbindung entlang der B29 zwischen Aalen und Schwäbisch Gmünd.**

Des Weiteren stehen wir zur Entscheidung, das Energiekompetenzzentrum in seiner bisherigen Form zu verändern. Das Thema Energiekompetenz ist wichtiger denn je, doch hat sich seit der Gründung dieses Zentrums viel verändert und es passt in der damals gestalteten Form nicht mehr zu den heutigen Anforderungen. Wir halten dennoch an den Klimaneutralitätszielen des Landkreises, also der Klimaneutralität bis 2035, fest und bitten, die Veränderung des Energiekompetenzzentrums so zu gestalten, dass eine aktuelle Energietransformationskompetenz erhalten bleibt und weiter ausgebaut wird, mit der Ausrichtung auf kommunale Strukturen.

Diese Forderungen und Investitionen gibt es nicht umsonst, unsere finanzielle Situation als Kreis ist ernst. Lösungen sind nur über Annäherung und große Kompromisse möglich. Es ist die Zeit, Sachverhalte von einer anderen Seite her zu denken, über das bestehende hinauszuschauen, kreativ und offen in andere Richtungen zu denken.

Wir **beantragen zur Finanzierung der oben genannten Energie- und Nachhaltigkeitsthemen die Ausgabe von Greenbonds (Ostalbonds) durch den Ostalbkreis**, gerne mit Unterstützung unserer Kreissparkasse. Durch eine solche Ausgabe von Anleihen an Privatpersonen, Unternehmen und Energiegenossenschaften, die gerne regional, nachhaltig und sozial investieren möchten, könnte sich der Ostalbkreis Fremdkapital verschaffen. Trotz der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten ist der Ostalbkreis eine wirtschaftsstarke Region und dadurch sehr attraktiv. Diese Attraktivität und positive Außenwahrnehmung könnte durch eine solche Ausgabe gesteigert und gleichzeitig die Kapitalaufnahme für den Ostalbkreis erweitert werden. Vergleichbare Beispiele sind in Deutschland vorhanden, z.B. die Städte München, Köln und Münster. Auch im europäischen Ausland, beispielsweise in Schweden, wurden solche alternativen Finanzierungskonzepte bereits umgesetzt.

Wie wir alle wissen und wie bereits erwähnt, ist die finanzielle Situation des Ostalbkreises momentan verheerend. Wir sind auf dem Weg, die Kreisumlage auf eine Rekordzahl von 37,9 % zu erhöhen und spielen dann quasi in der landesweiten Champions League (bzw. von der anderen Seite her betrachtet in der Kreisliga B). Es ist nicht mein Ansinnen, hierüber noch weiter zu lamentieren, da es uns nicht weiterbringt. Viel wichtiger ist es, zügig durchdachte Entscheidungen zu treffen, diese umzusetzen und im Nachgang zu reflektieren und diesen Kreislauf gegebenenfalls mit Anpassungen wiederholt zu durchlaufen, wie dies in einem agilen Umfeld üblich ist und sich für komplexe und unsichere Rahmenbedingungen bewährt hat.

Ehrlicherweise ist aber auch klar, dass wir nicht umhinkommen zu sparen; jedoch kann Sparen verschiedene Gesichter haben.

Der Verwaltungs-Neubau auf dem Union-Areal wurde durch einen demokratischen Prozess in finanziell guten Zeiten beschlossen und großzügig geplant. Der Baufortschritt geht aktuell zügig voran, durch die Schaffung des neuen Verwaltungsgebäudes ergibt sich die Möglichkeit des Rückzugs von landkreiseigenen Einheiten aus angemieteten Räumen und dadurch eine Mietersparnis, was sehr förderlich für die aktuell angespannte finanzielle Situation ist. Dieser Effekt kann durch das Vermieten dieser attraktiven und zentralen Räume an externe Mietende wie Unternehmen oder die Stadt Aalen noch erhöht werden. Auch das Vermieten von Flächen als



Open- oder Co-Working-Space könnte eine weitere Einnahmequelle sein und den Austausch und die Außenwirkung einer offenen Verwaltung bestärken. Wir **fordern das Vermieten von mindestens zwei vollen Stockwerken** an externe Mietende, und dass aktuell schon mit der Planung und dem Ansprechen von potenziellen Mietenden begonnen wird.

Außer mehr Einnahmen zu generieren und weniger Ausgaben zu tätigen, kann Sparen auch das Gesicht der gesteigerten Effizienz haben. Eine effizientere Nutzung der Flächen in den bestehenden landkreiseigenen Gebäuden und von Anfang an im neuen Verwaltungsgebäude ist unsere eindringliche Bitte. Eine Optimierung der Büroflächen-Nutzung sollte gezielt durchdacht und umgesetzt werden. Das Aufgreifen von Aspekten moderner Arbeitsformen, wie zum Beispiel der Verzicht auf Einzelbüros oder das Umsetzen von rotierendem Homeoffice-Einsatz, ist hier das Mittel der Wahl; dies ist nebenbei Standard in der freien Wirtschaft. Dass dies funktionieren kann, haben viele von uns bei der Informationsfahrt am Beispiel des Landratsamtes Ravensburg gesehen. Wichtig ist hierbei auch, dass es umso besser klappt, je strukturierter und digitaler gearbeitet wird.

Außerdem schlagen wir ergänzend zur Förderung der Arbeitseffizienz die Einführung eines betrieblichen Vorschlagsmanagements am Beispiel anderer Kreise und Kommunen vor. Der aktive Mitarbeitende ist direkt an der Aufgabe dran, kann das Einsparpotenzial selbst erkennen und zur allgemeinen Verbesserung vorschlagen; dies fördert Motivation der Mitarbeitenden und trägt zur Entlastung und zum Bürokratieabbau bei.

Unsere Kreisumlage ist auch deshalb so hoch, weil wir viele Aufgaben übernehmen, die keine Kreisaufgaben sind. Das sehen wir auch an dem am Freitag zugegangene Schreiben von Ihnen Herr Landrat Bläse, in dem Sie die Notwendigkeit für weitere Einsparungen erklären und Lösungsvorschläge unterbreiten.

Im ÖPNV weisen Sie auf verschiedene Stadtbuslinien kreisweit hin, die man reduzieren oder umverteilen könnte. Im Grundsatz können wir das als Fraktion B90/Grüne mit Blick auf die angespannte wirtschaftliche Situation mittragen, bitten aber um folgendes Vorgehen und Ergänzungen:

Wir bitten um Aufnahme der genannten Punkte in den Ausschuss für Umweltschutz und Kreisentwicklung, um die zu reduzierenden Linien im Detail zu diskutieren und abzuwägen.

Wir stellen den **Antrag auf Erstellung einer transparenten Kostenübersicht aller Stadtbuslinien und wenn möglich deren Auslastung**, um Fakten als Grundlage für eine Diskussion vorliegen zu haben.

Die Schiene ist sowohl Rückgrat unserer Mobilität als auch Infrastrukturachse. Wir fordern, den Schienenpersonennahverkehr nicht zu schwächen, da die Achse Stuttgart-Aalen-Nürnberg bedeutend für den Schienenverkehr und gleichzeitig Wirtschaftsförderung ist.

Des Weiteren übernimmt der Landkreis stellvertretend für den Bund Planungsarbeiten in Bezug auf die B29. **Wir stellen den Antrag und bitten um Erstellung einer Liste, die alle Straßenbauprojekte beinhaltet**, die der Landkreis stellvertretend für Bund und Land plant. Wir behalten uns vor, zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls konkrete Anträge zu stellen.

Wir unterstützen die Verwaltungsentscheidung bezgl. des Kantinenbetriebs und das nicht Zustandekommen des Projekts. In der momentanen Situation ist eine solche Investition mit Folgekosten nicht vertretbar. Wir haben in den letzten Wochen als Fraktion kontrovers darüber diskutiert und waren auf dem Weg, einen Antrag zum Stoppen dieses Projekts zu stellen, was nun nicht mehr notwendig ist. Diese Entscheidung ist keine Entscheidung gegen die Mitarbeitenden



des Landratsamtes, sondern eine Entscheidung und ein Zeichen für die Ernsthaftigkeit der finanziellen Situation und der Wille zur Behebung derselben.

Bei den sozialen Themen erkennen wir weitestgehend ein solidarisches Vorgehen, nämlich der gleichmäßigen Ausgabenreduzierung um 10%, verteilt auf die verschiedenen Vereinigungen. Das können wir dieses Jahr grundsätzlich mittragen. Wir bitten für die Zukunft um eine Analyse und Überlegung, ob wir als Kreis bei einer Vielzahl von Vereinigungen finanziell unterstützen wollen oder ob es nicht besser ist, sich auf einzelne, dem Kreis nahestehende Vereinigungen zu konzentrieren, wie zum Beispiel Kreisfrauenrat, Kreisjugendring, Sportkreis und weitere. Was uns aber sehr wichtig ist, dass eine Zerschlagung aufgebauter Strukturen in den Präventionsbereichen und die Vernichtung von Arbeit vieler Jahre zu verhindern versucht wird - Prävention spart langfristig Geld.

Als Fraktion fällt es uns sehr schwer, Kürzungen in der Entwicklungshilfe für z.B. Govinda, Hope for Africa und weitere zu akzeptieren. Einer Kürzung von 10%, wie bei allen anderen Vereinigungen, könnten wir zustimmen; verbunden mit der Bitte um detaillierte Informationen, wie das Geld konkret verwendet wird.

Aktuell entwickelt sich aus dem Landesarbeitsmarktprogramm auf grüne Initiative hin ein Modellprojekt im Bausektor „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“. Aus dem Zusammenschluss von Handwerk BW, Geschäftsführung der Bildungsakademien der Bauwirtschaft BW, der Agentur für Arbeit Aalen sowie der Job-Center Ostalbkreis und Heidenheim entwickelt sich ein übertragbares, nachhaltiges Qualifizierungsangebot für langzeitarbeitslose Menschen im Bürgergeld/SGB III. Wir bitten dieses zu unterstützen und mit voranzubringen, da eine solche erfolgreiche Qualifizierung mit Einstieg in den Beruf für die einzelne Person, aber vor allem auch für unsere Gesellschaft, einen nahezu unbezahlbaren Gegenwert hat.

Ein besonderes Anliegen und ein Herzensthema ist für uns die junge Generation. Wir bitten, die Einrichtung eines Jugendkreistags zu prüfen. Obwohl es z.B. in Aalen und Schwäbisch Gmünd einen Jugendgemeinderat gibt, fehlt es noch an einem entsprechenden Gremium auf Kreisebene, um eine echte politische Partizipation der jungen Menschen zu gewährleisten. Die zentralen Voraussetzungen für einen solchen Jugendkreistag sind:

**Selbstbestimmung:** Das Gremium soll eigenständig entscheiden können, welche Themen für die jungen Menschen relevant sind.

**Antrags-, Rede- und Anhörungsrecht im Kreistag:** Die junge Generation soll direkt an Entscheidungsprozessen beteiligt sein.

**Ein eigener Haushalt:** Ein eigenes Budget ist erforderlich, um die Arbeit des Jugendkreistags zu ermöglichen.

Wichtig ist uns, dass der Jugendkreistag nicht nur symbolischen Charakter hat, sondern tatsächlich die Möglichkeit erhält, politische Prozesse anzustoßen und aktiv mitzugestalten.

Schließlich haben wir ein großes Thema, das uns seit Monaten auf Trab hält und mit dem wir als Kreis weitestgehend alleine gelassen werden. Weder Bund noch Land unterstützen uns in ausreichender Menge mit Geld oder klaren Reformen. Das Klinikgesetz wurde nun verabschiedet, allerdings wurden die Themen Vorhaltevergütung und Betriebskostenfinanzierung nicht ausreichend ausgestaltet oder berücksichtigt.

Das Thema Kliniken ist die finanzielle Belastung schlechthin, der Kostentreiber bei gleichzeitig hoher lebenswichtiger und emotionaler Bedeutung. In mehreren demokratischen Prozessen wurde der momentane Stand beschlossen und zu diesem Beschluss stehen wir. Erschreckend ist



dennoch für uns, dass die hohen Defizite erst langsam sinken und vermutlich erst ab 2026 unter die 60 Millionen-Grenze fallen werden. Es gibt zwei zentrale Ziele, die im Mittelpunkt des Handelns bezüglich der Kliniken stehen und auf die wir auch nochmals ausdrücklich hinweisen: Einerseits den beschlossenen neuen Regionalversorger in Essingen zügig fertigzustellen und andererseits die angekündigten und beschlossenen Zwischenschritte des Gesamtkonzepts dringend umzusetzen; beides um von der hohen Mehrfachbelastung wegzukommen.

Die aktuelle Situation ist für alle Beteiligten nicht erfreulich, weder für die Landkreisverwaltung mit ihnen an der Spitze, Herr Landrat Dr. Bläse, für uns als KreisrätInnen, noch für die Kommunen und BürgerInnen, die wie wir alle mit den teilweise einschneidenden Folgen leben müssen. Wir als Fraktion werden mit dem Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung der Kreisumlage um 5,15% mitgehen; dies ist in dieser Situation unserer Meinung nach nicht abzuwenden. Bereits im letzten Jahr war das auch unser Ansatz, im Nachgang wurde ein niedrigerer Satz beschlossen. Nun sehen wir, dass die höheren Einnahmen dringend notwendig gewesen wären. An dieser Stelle geht ein großer Dank an Kreiskämmerer Herrn Kurz und sein Team für die verlässliche und sehr herausfordernde Arbeit.

Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, wir von der Ostalb sind starke WirtschaftspartnerInnen, kreative Köpfe und fleißige SchafferInnen; Lassen Sie es uns anpacken! In diesem Sinne schließe ich meine Rede und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit.